

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 3. November 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gemeinsame Staatsgrenze

A. Zielsetzung

Im Interesse gutnachbarschaftlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik ist es notwendig und zweckmäßig, erstmals seit 1919 eine Vereinbarung über den Verlauf der gesamten gemeinsamen Grenze zu treffen. Gleichzeitig würde damit eine rechtliche Grundlage geschaffen für die Erstellung eines aktuellen Grenzurkundenwerks und für vielfältige Möglichkeiten grenzüberschreitender Zusammenarbeit.

B. Lösung

Dieses Ziel wird durch den vorliegenden Vertrag erreicht. Der Vertrag bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Geringfügige Kosten werden durch die im Vertrag vereinbarte Vermessung und Vermarkung der Staatsgrenze, die Erstellung eines Grenzurkundenwerks sowie die Tätigkeit der Grenzkommision wie an den anderen Außengrenzen der Bundesrepublik Deutschland entstehen. Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das allgemeine Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind jedoch nicht zu erwarten.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (213) – 301 30 – T 2 Ts 19/96

Bonn, den 20. Juni 1996

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 3. November 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gemeinsame Staatsgrenze mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Auswärtige Amt.

Der Bundesrat hat in seiner 698. Sitzung am 14. Juni 1996 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

Gesetz

**zu dem Vertrag vom 3. November 1994
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über die gemeinsame Staatsgrenze**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 3. November 1994 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gemeinsame Staatsgrenze wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 31 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Das Vertragsgesetz bedarf nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes der Zustimmung des Bundesrates; dessen Zustimmung ist auch nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil die in Artikel 29 des Vertrags vorgesehene Befreiung von Ein- und Ausfuhrabgaben auch Steuern einschließt, deren Aufkommen ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zufließt.

Der Vertrag berührt die besonderen Verhältnisse der Länder Bayern und Sachsen. Die Länder sind gemäß Artikel 32 Abs. 2 des Grundgesetzes rechtzeitig gehört worden.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 31 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Beim Bund und bei den Ländern Bayern und Sachsen können sich geringfügige Kosten durch die vertraglich vereinbarte Vermessung und Vermarkung der Staatsgrenze, die Erstellung des Grenzurkundenwerks sowie die Tätigkeit der Grenzkommission ergeben.

**Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über die gemeinsame Staatsgrenze**

**Smlouva
mezi Spolkovou republikou Německo
a Českou republikou
o společných státních hranicích**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Tschechische Republik –

Spolková republika Německo
a
Česká republika

von dem Wunsch geleitet, die Grenze zwischen den beiden Staaten erkennbar zu erhalten und die damit im Zusammenhang stehenden Fragen zu regeln,

vedeny přáním udržovat hranice mezi oběma státy zřetelně a upravit otázky s tím související,

in dem Wunsch, die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten zu vertiefen –

s přáním prohlubovat přátelskou spolupráci mezi oběma státy,

sind wie folgt übereingekommen:

se dohodly takto:

**Abschnitt I
Verlauf der Staatsgrenze**

**Část I
Průběh státních hranic**

Artikel 1

Článek 1

(1) Die Staatsgrenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik verläuft vom Berührungspunkt der Staatsgrenze der Vertragsstaaten und der Staatsgrenze der Republik Polen im Grenzwasserlauf Lausitzer Neiße (indirekt vermarktet durch drei Monolithe in Form von dreiseitigen Pyramidenstümpfen) bis zum Berührungspunkt der Staatsgrenze der Vertragsstaaten und der Staatsgrenze der Republik Österreich am Plöckenstein (Dreiländergrenzzeichen).

(1) Státní hranice mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou probíhají od styku státních hranic smluvních států se státními hranicemi Polské republiky v hraničním vodním toku Lužická Nisa (nepřímě vyznačen třemi monolity ve tvaru trojbočných komolých jehlanů) ke styku státních hranic smluvních států se státními hranicemi Rakouské republiky pod vrchem Plechý (trojstátní hraniční znak).

(2) Die deutsch-tschechische Staatsgrenze umfaßt:

- a) den Teil der Grenze des Freistaates Sachsen mit den Grenzabschnitten I bis XXIII;
- b) den Teil der Grenze des Freistaates Bayern mit den Grenzabschnitten I bis XII.

(2) Německo-české státní hranice tvoří:

- a) část hranic se Svobodným státem Sasko, rozdělená na hraniční úseky I až XXIII;
- b) část hranic se Svobodným státem Bavorsko, rozdělená na hraniční úseky I až XII.

Artikel 2

Článek 2

(1) Der Verlauf der Staatsgrenze wird bestimmt:

- a) im Teil der Grenze des Freistaates Sachsen durch die Grenzdocumentation über den Verlauf und die Markierung der gemeinsamen Staatsgrenze nach dem Stand vom 18. November 1988 zu dem Vertrag vom 3. Dezember 1980 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gemeinsame Staatsgrenze;
- b) im Teil der Grenze des Freistaates Bayern durch das Grenzurkundenwerk aus dem Jahre 1937 gemäß der Verhandlungs-

(1) Průběh státních hranic určuje:

- a) v části hranic se Svobodným státem Sasko hraniční dokumentace o průběhu a vyznačení společných státních hranic, která je přílohou Smlouvy mezi Německou demokratickou republikou a Československou socialistickou republikou o společných státních hranicích ze dne 3. prosince 1980, a to podle stavu ke dni 18. listopadu 1988;
- b) v části hranic se Svobodným státem Bavorsko hraniční dokumentární dílo z roku 1937 podle Zápisu o skončení hraničního

niederschrift über den Abschluß des Grenzurkundenwerks für den bayerischen Teil der deutsch-tschechoslowakischen Grenze vom 9. November 1937 und bezüglich der beweglichen Teile der Grenze durch die Veränderungen, die seither gemäß dem Vertrag vom 27. September 1935 zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakischen Republik über Grenzwasserläufe auf der sächsischen und der bayerischen Strecke der Grenze sowie über einen Gebietsaustausch an der Grenze sowie den dort in Bezug genommenen Grundsätzen eingetreten sind.

(2) Die Vertragsstaaten werden möglichst rasch die in Absatz 1 Buchstabe a genannte Grenzdokumentation aktualisieren und das in Absatz 1 Buchstabe b genannte Grenzurkundenwerk aufgrund der bereits durchgeführten neuen Vermessung ersetzen. Als Ergebnis dieser Arbeiten wird ein aktuelles Grenzurkundenwerk der deutsch-tschechischen Staatsgrenze entstehen, das in einem selbständigen Vertrag bestätigt wird.

Artikel 3

Durch die Staatsgrenze werden die Hoheitsgebiete der beiden Vertragsstaaten sowohl auf der Erdoberfläche als auch in lotrechter Richtung im Luftraum und unter der Erdoberfläche voneinander abgegrenzt. Dieser Grundsatz gilt auch für den Grenzverlauf in oberirdischen und unterirdischen Bauten und Anlagen jeder Art.

Artikel 4

(1) Die Staatsgrenze verläuft als unbewegliche Grenze:

- a) in geraden Verbindungslinien von einem durch Meßwerte im Grenzurkundenwerk nachgewiesenen Grenzpunkt zum nächst folgenden, oder
- b) in der sich aus dem Grenzurkundenwerk ergebenden Mittellinie von Grenzstraßen, Grenzwegen und Grenzgräben.

(2) Die Grenzstraßen, Grenzwegen und Grenzgräben sind im Grenzurkundenwerk beschrieben. Alle Veränderungen der Grenzstraßen, Grenzwegen und Grenzgräben haben auf den Grenzverlauf keinen Einfluß, sofern durch eine besondere Vereinbarung der Vertragsstaaten nichts anderes festgelegt wird.

Artikel 5

(1) In Grenzwasserläufen, mit Ausnahme der Elbe und der Eger, wird die Staatsgrenze durch die Mittellinie der Grenzwasserläufe oder ihrer Hauptarme gebildet und ist beweglich.

(2) Die Mittellinie eines Grenzwasserlaufs oder dessen Hauptarms ist eine ausgeglichene fortlaufende Linie, die von beiden Uferlinien des Wasserlaufs gleich weit entfernt ist.

(3) Als Hauptarm des Grenzwasserlaufs gilt der Arm, der bei mittlerem Wasserstand den größten Durchfluß aufweist.

(4) Als Uferlinien gelten die Benetzungslinien zwischen dem Grenzwasserlauf und dem angrenzenden Ufergelände bei mittlerem Wasserstand. Können die Uferlinien nicht mit Sicherheit festgestellt werden, gelten als Uferlinien in der Regel die Linien, die durch den Rand des dauerhaften Pflanzenbewuchses entlang des Grenzwasserlaufs gebildet werden.

Artikel 6

(1) In Grenzwasserläufen folgt die Staatsgrenze bei natürlichen Veränderungen kleineren Umfangs stets der Mittellinie des Wasserlaufs.

(2) Bei natürlichen Veränderungen größeren Umfangs sowie bei künstlichen Veränderungen verläuft die Staatsgrenze so, wie sie vor der eingetretenen Veränderung verlaufen ist, bis die Vertragsstaaten einen anderen Verlauf der Staatsgrenze vereinbaren.

(3) Ändert sich die Lage der beweglichen Staatsgrenze an Stellen, an denen sie in die unbewegliche übergeht, wird der

dokumentärni díla v bavorském dílu hranic německo-československých ze dne 9. listopadu 1937 a – pokud jde o pohyblivé státní hranice – změny, které nastaly od té doby podle Smlouvy mezi Německou Říší a republikou Československou o hraničních tocích na saském a bavorském úseku hranic a o výměně části území na hranicích z 27. září 1935, jakož i podle zásad na něž se tato smlouva odvolává.

(2) Smluvní státy budou v době co nejkratší aktualizovat hraniční dokumentaci uvedenou v odstavci 1 písm. a) a na podkladě již provedeného nového zaměření nahradí hraniční dokumentární dílo uvedené v odstavci 1 písm. b). Výsledkem těchto prací bude aktuální hraniční dokumentární dílo německo-českých státních hranic, které bude potvrzeno samostatnou smlouvou.

Článek 3

Státní hranice ohraničují výsoštná území obou smluvních států jak na zemském povrchu, tak svislým směrem ve vzdušném prostoru i pod zemským povrchem. Tato zásada platí i pro průběh státních hranic v nadzemních i podzemních stavbách a zařízeních všeho druhu.

Článek 4

(1) Státní hranice probíhají jako nepohyblivé:

- a) po přímých spojnicích od jednoho hraničního bodu k nejbližšímu následujícímu doloženému v hraničním dokumentárním díle měřickými hodnotami nebo
- b) středem hraničních silnic, cest a příkopů, vyplývajících z hraničního dokumentárního díla.

(2) Hraniční silnice, cesty a příkopy jsou popsány v hraničním dokumentárním díle. Jakékoliv změny hraničních silnic, cest a příkopů nemají vliv na průběh státních hranic, pokud nebude zvláštní dohodou smluvních států stanoveno jinak.

Článek 5

(1) V hraničních vodních tocích, s výjimkou Labe a Ohře, tvoří státní hranice střednice hraničních vodních toků nebo jejich hlavních ramen a jsou pohyblivé.

(2) Střednice hraničního vodního toku nebo jeho hlavního ramene je vyrovnaná plynulá čára, která je od obou břehových linií vodního toku stejně vzdálena.

(3) Hlavním ramenem hraničního vodního toku je rameno, které při středním stavu vody vykazuje největší průtok.

(4) Za břehové linie se považují čáry smáčení mezi hraničním vodním tokem a přilehlým územím přístředním stavu vody. Nemohou-li být břehové linie bezpečně zjištěny, pokládají se za ně zpravidla čáry, které tvoří okraj trvalého rostlinného porostu podél hraničního vodního toku.

Článek 6

(1) V hraničních vodních tocích při přirozených změnách menšího rozsahu sledují státní hranice trvale střednici vodního toku.

(2) Při přirozených změnách většího rozsahu, jakož i při změnách umělých, probíhají státní hranice tak, jak probíhaly před nastalou změnou, dokud se smluvní státy nedohodnou na jiném průběhu státních hranic.

(3) Změní-li se poloha pohyblivých státních hranic v místech, kde přecházejí v nepohyblivé, určí místo přechodu svým rozhod-

Übergang von der Ständigen deutsch-tschechischen Grenzkommision durch Beschluß bestimmt.

nutím Stálá německo-česká hraniční komise.

Artikel 7

(1) Im Grenzwasserlauf Elbe wird die Staatsgrenze durch die Mittellinie des Fahrwassers bestimmt und ist beweglich. Sie folgt den natürlichen Veränderungen der Mittellinie des Fahrwassers.

(2) Unter der Mittellinie des Fahrwassers ist die ausgeglichene fortlaufende Linie zu verstehen, die von beiden das Fahrwasser begrenzenden Linien gleich weit entfernt ist.

(3) Unter dem Fahrwasser ist der tiefste Teil des Flußbetts zu verstehen, der für die Schifffahrt genutzt wird, durch zusammenhängend verlaufende Linien begrenzt und durch Querprofile vermessen ist.

Artikel 8

Die Staatsgrenze in der Eger verläuft als unbewegliche Grenze so, wie sie das Grenzurkundenwerk darstellt.

Artikel 9

(1) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, Gewässer, in denen die Staatsgrenze verläuft, soweit wesentliche wasserwirtschaftliche oder ökologische Interessen nicht entgegenstehen, nach Möglichkeit in ihrer Lage zu erhalten. Artikel 6 Absatz 1 bleibt unberührt.

(2) Unbeschadet der Regelung in Absatz 1 wird die gemeinsame Nutzung dieser Gewässer durch beide Vertragsstaaten nicht berührt.

Abschnitt II

Vermessung und Vermarkung der Staatsgrenze

Artikel 10

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, durch Vermessung und Vermarkung der Staatsgrenze dafür zu sorgen, daß der Grenzverlauf stets deutlich erkennbar und geodätisch gesichert bleibt. Sie verpflichten sich, die Grenzzeichen nach Maßgabe dieses Vertrags instandzuhalten und erforderlichenfalls zu erneuern, sowie das Grenzurkundenwerk zu aktualisieren.

Artikel 11

(1) Die erforderlichen Vermessungsfachleute und das vermessungstechnische Hilfspersonal für die Vermessung und Vermarkung der Staatsgrenze stellt jeder Vertragsstaat auf seine Kosten zur Verfügung.

(2) Weitere Arbeitskräfte sowie die erforderlichen Materialien, Fahrzeuge und Geräte (zum Beispiel Maschinen, Werkzeuge und Vermessungsgeräte) stellt jeder Vertragsstaat auf eigene Kosten folgendermaßen zur Verfügung:

– die Bundesrepublik Deutschland

im Teil der Grenze des Freistaates Sachsen für die Grenzabschnitte III, IV, VI, VII, VIII, XI, XII, XV, XVI, XIX, XX, XXIII und im Teil der Grenze des Freistaates Bayern für die Grenzabschnitte I, IV, V, VIII, XI, XII;

– die Tschechische Republik

im Teil der Grenze des Freistaates Sachsen für die Grenzabschnitte I, II, V, IX, X, XIII, XIV, XVII, XVIII, XXI, XXII und im Teil der Grenze des Freistaates Bayern für die Grenzabschnitte II, III, VI, VII, IX, X.

(3) Von der Regelung des Absatzes 2 kann einvernehmlich abgewichen werden, wenn dies aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit erforderlich ist. Hierbei ist ein Ausgleich der beiderseitigen Leistungen anzustreben.

Článek 7

(1) Na hraničním vodním toku Labi jsou státní hranice určeny střednicí plavební dráhy a jsou pohyblivé. Přizpůsobují se přirozeným změnám střednice plavební dráhy.

(2) Střednicí plavební dráhy se rozumí vyrovnaná plynulá čára, která je stejně vzdálena od obou čar ohraničujících plavební dráhu.

(3) Plavební dráhou se rozumí nejhlubší část koryta řeky užívaná pro plavbu lodí, ohraničená souvisle probíhajícími a čarami a zaměřená příčnými profily.

Článek 8

Státní hranice v Ohři probíhají jako nepohyblivé hranice tak, jak jsou znázorněny v hraničním dokumentárním díle.

Článek 9

(1) Smluvní státy se zavazují udržovat vody, ve kterých probíhají státní hranice, podle možnosti tak, aby nedocházelo ke změnám jejich polohy, pokud tomu nebrání podstatné vodohospodářské nebo ekologické zájmy. Článek 6 odst. 1 zůstává tímto nedotčen.

(2) Bez ohledu na ustanovení odstavce 1 není dotčeno společné užívání těchto vod oběma smluvními státy.

Část II

Zaměřování a vyznačování státních hranic

Článek 10

Smluvní státy se zavazují, že budou zaměřováním a vyznačováním státních hranic pečovat o to, aby průběh hranic byl vždy jasně zřetelný a geodeticky zajištěný. Zavazují se, že budou podle podmínek této smlouvy udržovat a podle potřeby obnovovat hraniční znaky a aktualizovat hraniční dokumentární dílo.

Článek 11

(1) Potřebné měřické odborníky a pomocné technické pracovníky pro zaměřování a vyznačování státních hranic poskytne každý smluvní stát na své náklady.

(2) Další pracovní síly, jakož i potřebné materiálové vybavení, vozidla a přístroje (například stroje, nářadí a měřické přístroje) poskytne každý smluvní stát na vlastní náklady takto:

– Spolková republika Německo

v části hranic se Svobodným státem Sasko pro hraniční úseky III, IV, VI, VII, VIII, XI, XII, XV, XVI, XIX, XX, XXIII a v části hranic se Svobodným státem Bavorsko pro hraniční úseky I, IV, V, VIII, XI, XII;

– Česká republika

v části hranic se Svobodným státem Sasko pro hraniční úseky I, II, V, IX, X, XIII, XIV, XVII, XVIII, XXI, XXII a v části hranic se Svobodným státem Bavorsko pro hraniční úseky II, III, VI, VII, IX, X.

(3) Ustanovení odstavce 2 se po vzájemné dohodě nepoužije, pokud to bude třeba z důvodů hospodárnosti a účelnosti. Přitom je třeba usilovat o vyrovnání oboustranných výkonů.

Artikel 12

(1) Wird ein Grenzzeichen beschädigt oder zerstört, so trägt der nach den Artikeln 10 und 11 für dieses Grenzzeichen verantwortliche Vertragsstaat die gesamten Kosten der Instandsetzung oder Erneuerung. Alle Ansprüche gegen einen Schädiger gehen auf diesen Vertragsstaat über.

(2) Werden Vermarktungs- oder Vermessungsarbeiten infolge baulicher Arbeiten notwendig, so stehen den Vertragsstaaten Ersatzansprüche gegen den Bauherrn zu, soweit nicht ein anderer Dritter innerstaatlich zur Kostentragung verpflichtet ist.

Artikel 13

(1) Die Vertragsstaaten werden alle zehn Jahre gemeinsam die Grenzzeichen überprüfen und die Behebung der festgestellten Mängel veranlassen.

(2) Die erste gemeinsame Überprüfung der Grenzzeichen ist spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Vertrags zu beginnen.

(3) Eine Vermessung der Grenzwasserläufe erfolgt bei jeder zweiten gemeinsamen Überprüfung der Grenzzeichen.

Artikel 14

(1) Wenn es die deutliche Erkennbarkeit der Staatsgrenze erfordert, werden von den Vertragsstaaten auch außerhalb der gemeinsamen periodischen Überprüfungen der Grenzzeichen die notwendigen Maßnahmen getroffen.

(2) Erklärt ein Vertragsstaat, daß ein Grenzzeichen versetzt worden ist, so werden die Vertragsstaaten auch außerhalb der gemeinsamen periodischen Überprüfungen die Lage dieses Grenzzeichens überprüfen und erforderlichenfalls das Grenzzeichen auf die richtige Stelle setzen.

(3) Hat ein Grenzwasserlauf seine Lage wesentlich verändert, kann jeder Vertragsstaat verlangen, daß der Grenzverlauf in diesem Bereich festgestellt und in entsprechenden Grenzdokumenten nachgewiesen wird.

Artikel 15

(1) Die Eigentümer und sonst Nutzungsberechtigte von Grundstücken, von ober- und unterirdischen Bauten und von Anlagen, die an oder in der Nähe der Staatsgrenze liegen, sind verpflichtet, die zur Vermarktung und Vermessung erforderlichen Arbeiten und Maßnahmen, insbesondere das Setzen oder das Anbringen von Grenz- und Vermessungszeichen, zu dulden. Die mit den Aufgaben nach den Artikeln 10, 13 und 14 betrauten Personen dürfen Grundstücke und bauliche Anlagen zur Durchführung ihrer Aufgaben betreten und befahren. Wohnungen und entsprechend geschützte Räume dürfen nur mit Zustimmung der Nutzungsberechtigten betreten werden. Die Betroffenen sind über den Beginn der Arbeiten rechtzeitig zu unterrichten.

(2) Die Vermarktungs- und Vermessungsarbeiten sind unter möglichster Schonung öffentlicher und privater Interessen vorzunehmen.

(3) Entstehen durch diese Arbeiten und Maßnahmen Schäden, hat der Geschädigte Anspruch auf Entschädigung gegen den Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet die Grundstücke, Bauten und Anlagen liegen. Auf Entschädigungsansprüche von Eigentümern und sonst Nutzungsberechtigten an einem Grundstück nach Absatz 1 sind die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, auf dessen Hoheitsgebiet die Grundstücke, Bauten und Anlagen liegen, anzuwenden. Der Geschädigte kann Entschädigungsansprüche gegen den anderen Vertragsstaat nicht geltend machen.

Artikel 16

Wird es erforderlich, die indirekte Vermarktung des Dreiländergrenzpunkts in der Lausitzer Neiße oder das Dreiländergrenzzeichen am Plöckenstein zu erneuern, werden die Arbeiten nach Zustimmung aller beteiligten Staaten durchgeführt.

Článek 12

(1) Je-li poškozen nebo zničen hraniční znak, hradí veškeré náklady na jeho opravu nebo obnovu smluvní stát, který je za tento hraniční znak odpovědný podle článků 10 a 11. Veškeré nároky vůči škůdci přecházejí na tento smluvní stát.

(2) Pokud bude na základě stavebních prací třeba provést zaměřovací nebo vyznačovací práce, přísluší smluvním státům nároky na náhradu vůči staviteli, pokud není vnitrostátně povinna hradit náklady jiná třetí osoba.

Článek 13

(1) Smluvní státy přezkouší každých deset let společně hraniční znaky a zajistí odstranění zjištěných nedostatků.

(2) První společné přezkoušení hraničních znaků bude zahájeno nejpozději pět let po vstupu této smlouvy v platnost.

(3) Zaměření hraničních vodních toků se provede při každém druhém společném přezkoušení hraničních znaků.

Článek 14

(1) Vyžaduje-li to zřetelnost státních hranic, učiní smluvní státy potřebná opatření i mimo rámec společných pravidelných přezkoušení hraničních znaků.

(2) Prohlásí-li jeden smluvní stát, že byl hraniční znak přemístěn, přezkouší smluvní státy polohu tohoto hraničního znaku i mimo pravidelné společné přezkoušení a v případě potřeby přemístí hraniční znak na správné místo.

(3) Změní-li hraniční vodní tok podstatně svoji polohu, může každý smluvní stát požádat o zjištění průběhu státních hranic v tomto úseku a jeho doložení v odpovídajících hraničních dokumentech.

Článek 15

(1) Vlastníci a uživatelé pozemků, nadzemních a podzemních staveb a zařízení, která se nacházejí na státních hranicích nebo v jejich blízkosti, jsou povinni strpět práce a opatření potřebná k vyznačování a zaměřování, zejména osazování nebo upevňování hraničních znaků a měřických značek. Osoby pověřené úkoly podle článků 10, 13 a 14 smějí za účelem jejich plnění vstupovat a vjíždět na pozemky a stavební zařízení. Do bytů a obdobně chráněných prostor smějí vstupovat pouze se souhlasem uživatele. Osoby, kterých se to týká, je třeba včas o zahájení prací informovat.

(2) Vyznačovací a zaměřovací práce je třeba provádět s co největším ohledem na veřejné a soukromé zájmy.

(3) Vzniknou-li těmito pracemi a opatřeními škody, má poškozený nárok na odškodnění vůči smluvnímu státu, na jehož výsostném území leží pozemky, stavby a zařízení. V případě nároků na odškodnění ze strany vlastníků a uživatelů pozemků podle odstavce 1 se použije právních předpisů smluvního státu, na jehož výsostném území leží pozemky, stavby a zařízení. Poškozený nemůže uplatňovat nároky na odškodnění vůči druhému smluvnímu státu.

Článek 16

Bude-li potřebné obnovit nepřímé vyznačení trojstátního hraničního bodu v Lužické Nise nebo trojstátního hraničního bodu pod vrchem Plechý, budou práce provedeny po souhlasu všech zúčastněných států.

Abschnitt III

Schutz der Grenzzeichen
und Erhaltung ihrer Sichtbarkeit

Artikel 17

Die Vertragsstaaten werden durch geeignete Maßnahmen die Grenz- und Vermessungszeichen und die sonstigen der Bezeichnung der Staatsgrenze dienenden Einrichtungen gegen Beschädigung, Zerstörung, unberechtigtes Versetzen und zweckwidrige Benutzung schützen.

Artikel 18

(1) Die Vertragsstaaten werden dafür sorgen, daß beiderseits des trockenen Teils der Staatsgrenze ein Streifen von einem Meter Breite und um die den Grenzverlauf indirekt vermarkenden Grenzzeichen eine Kreisfläche mit einem Radius von einem Meter frei von sichtbehinderndem Bewuchs gehalten wird. Dies bezieht sich nicht auf Pflanzungen zur Uferbefestigung sowie geschützte Bäume und Sträucher. Die Vertragsstaaten werden auch den Schutz der Umwelt beachten.

(2) Die Eigentümer und sonst Nutzungsberechtigte von Grundstücken sind verpflichtet, die in Absatz 1 genannten Arbeiten und Maßnahmen zu dulden. Im übrigen gilt Artikel 15 entsprechend.

Artikel 19

(1) Auf den in Artikel 18 Absatz 1 erwähnten Gebietsteilen dürfen künftig nur Anlagen errichtet werden, die dem öffentlichen Verkehr, der Grenzabfertigung oder der Grenzüberwachung dienen und Leitungen aller Art, die die Staatsgrenze kreuzen.

(2) Ausnahmen von Absatz 1 können in besonderen Fällen zugelassen werden, soweit dadurch die Sichtbarkeit der Staatsgrenze nicht beeinträchtigt wird.

Artikel 20

In der Staatsgrenze dürfen künftig keine Eigentumsgrenzzeichen eingebracht werden. Innerstaatliche Eigentumsgrenzen dürfen künftig nur in einer Entfernung von mindestens drei Metern von der Staatsgrenze vermarktet werden.

Artikel 21

Falls Arbeiten zur Suche oder Gewinnung von Bodenschätzen innerhalb eines Streifens von 50 Metern beiderseits der Staatsgrenze durchgeführt werden sollen, werden die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung des Grenzverlaufs und seiner Vermarkung gemeinsam festgelegt.

Abschnitt IV

Grenzkommission

Artikel 22

(1) Zur Erfüllung der Aufgaben der Vermessung und Vermarkung der Staatsgrenze, der Aktualisierung des Grenzkundenwerks, des Schutzes der Grenzzeichen und der Erhaltung ihrer Sichtbarkeit setzen die Vertragsstaaten hiermit eine Ständige deutsch-tschechische Grenzkommission (im folgenden Kommission genannt) ein.

(2) Die Kommission setzt sich aus je einer Delegation der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik zusammen. Die Gesamtzahl der Mitglieder jeder Delegation soll neun nicht überschreiten. Jeder Vertragsstaat ernennt die Mitglieder seiner Delegation und für den Bedarfsfall deren Stellvertreter. Jede Delegation kann bei Bedarf Experten und Hilfskräfte beziehen.

Část III

Ochrana hraničních znaků
a udržování jejich zřetelnosti

Článek 17

Smluvní státy budou vhodnými opatřeními chránit hraniční znaky, měřické značky a jiná zařízení sloužící k vyznačení státních hranic před poškozením, zničením, neoprávněným přemísťováním a používáním v rozporu s jejich účelem.

Článek 18

(1) Smluvní státy zajistí, aby na suchých úsecích státních hranic byl po jejich obou stranách udržován volný pruh o šířce 1 m a kolem hraničních znaků, nepřímě vyznačujících průběh státních hranic, volná kruhová plocha o poloměru 1 m bez porostu, bránícího viditelnosti. Toto se nevztahuje na porosty sloužící ke zpevnění břehů a chráněné stromy a keře. Smluvní státy budou dbát i na ochranu životního prostředí.

(2) Vlastníci a uživatelé pozemků jsou povinni strpět práce a opatření uvedená v odstavci 1. Jinak platí obdobně článek 15.

Článek 19

(1) V částech území uvedených v článku 18 odst. 1 smí být v budoucnu budována jen zařízení, která slouží veřejné dopravě, odbavování na státních hraničních nebo jejich střežení, a vedení všeho druhu, která je protínají.

(2) Výjimky z odstavce 1 mohou být povoleny ve zvláštních případech, pokud tím nebude omezena zřetelnost státních hranic.

Článek 20

Do čáry státních hranic nesmí být dále umístována žádná označení hranic vlastnictví. Vnitrostátní vlastnické hranice smí být nadále vyznačeny jenom ve vzdálenosti nejméně 3 m od státních hranic.

Článek 21

V případě, že by měly být prováděny práce k vyhledávání nebo dobývání nerostného bohatství uvnitř pruhu 50 m po obou stranách státních hranic, budou společně stanovena nutná opatření k zajištění průběhu státních hranic a jeho vyznačení.

Část IV

Hraniční komise

Článek 22

(1) K plnění úkolů zaměřování a vyznačování státních hranic, aktualizace hraničního dokumentárního díla, ochrany hraničních znaků a udržování jejich zřetelnosti, zřizují tímto smluvní státy Stálou německo-českou hraniční komisi (dále jen "Komise").

(2) Komise se skládá z delegace Spolkové republiky Německo a delegace České republiky. Celkový počet členů každé delegace nemá být vyšší než devět. Každý smluvní stát jmenuje členy své delegace a pro případ potřeby jejich náhradníky. Každá delegace může podle potřeby přizvat experty a pomocné síly.

(3) Jeder Vertragsstaat bestimmt aus den von ihm ernannten Mitgliedern den Vorsitzenden seiner Delegation und dessen Stellvertreter. Die Vorsitzenden und ihre Stellvertreter sind berechtigt, unmittelbar miteinander Verbindung zu halten.

(4) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seiner Delegation einschließlich der Kosten der beigezogenen Experten und Hilfskräfte. Sonstige im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Kommission entstehende Kosten werden, soweit nicht anders vereinbart, von den Vertragsstaaten je zur Hälfte getragen.

Artikel 23

(1) Die Kommission hat insbesondere die Aufgabe,

- a) die Organisation und die Art und Weise der Vermarkung und der Vermessung der Staatsgrenze sowie der Instandhaltung ihrer Vermarkung festzulegen;
- b) die erforderlichen Vermessungen durchzuführen und das für die geodätische Sicherung der Staatsgrenze notwendige Festpunktfeld instandzuhalten;
- c) die Art und den Umfang der Veränderungen an den Grenzwasserläufen festzustellen, Änderungen des Charakters der Staatsgrenze festzulegen und die hierfür erforderlichen Maßnahmen zu treffen;
- d) Veränderungen der Vermarkung der Staatsgrenze bei der Einrichtung und der Aufhebung von Grenzstraßen, Grenzwegen und Grenzgräben durchzuführen;
- e) sich zu wasserwirtschaftlichen Maßnahmen an Grenzwasserläufen hinsichtlich des Grenzverlaufs zu äußern;
- f) sich zu baulichen und anderen technischen Maßnahmen in unmittelbarer Nähe der Staatsgrenze zu äußern;
- g) Inhalt und Form der Aktualisierung des Grenzkundenwerks zu bestimmen.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben wird die Kommission die notwendigen Arbeitspläne erstellen.

(2) Die Kommission wird das Grenzkundenwerk gemäß Artikel 2 Absatz 2 erstellen. Hierbei ist ein Ausgleich der beiderseitigen Leistungen anzustreben.

(3) Die Kommission erläßt für ihre gemeinsame Tätigkeit eine Geschäftsordnung, Richtlinien für die Vermessung und Instandhaltung der Vermarkung der Staatsgrenze sowie eine Anweisung für die Erstellung und Aktualisierung des Grenzkundenwerks.

(4) Die Kommission ist nicht berechtigt, den Grenzverlauf zu ändern.

(5) Die Kommission kann den Regierungen der Vertragsstaaten Vorschläge zur Änderung des Grenzverlaufs vorlegen.

Artikel 24

(1) Zu Beschlüssen der Kommission ist die Übereinstimmung der Vorsitzenden beider Delegationen erforderlich. Die Beschlüsse sind Bestandteil der Protokolle über die Tagungen oder Grenzbesichtigungen der Kommission. Die Protokolle werden rechtlich verbindlich, sobald sich die Vorsitzenden beider Delegationen schriftlich mitteilen, daß dafür die innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Diese Mitteilungen sollen baldmöglichst, spätestens bei der nächsten Tagung der Kommission, erfolgen.

(2) Können sich die Vorsitzenden beider Delegationen nicht einigen, so wird das weitere Vorgehen der Kommission auf diplomatischem Wege behandelt. Die Vertragsstaaten werden bezüglich der strittigen Angelegenheiten eine einvernehmliche Regelung anstreben.

Artikel 25

(1) Die Kommission bildet zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemischte technische Gruppen. Sie bestimmt deren Anzahl und Zusammensetzung nach Umfang und Art der zu erledigenden Arbeiten.

(3) Jeder smluvní stát určí z jmenovaných členů předsedu své delegace a jeho zástupce. Předsedové a jejich zástupci jsou oprávněni udržovat spolu přímý styk.

(4) Každý smluvní stát hradí náklady své delegace včetně nákladů na přizvané experty a pomocné síly. Ostatní náklady vzniklé v souvislosti s činností Komise hradí smluvní státy, pokud není dohodnuto jinak, rovným dílem.

Článek 23

(1) Komisi přísluší zejména tyto úkoly:

- a) stanovit organizaci a způsob vyznačování a zaměřování státních hranic, jakož i údržby jejich vyznačení;
- b) provádět potřebná zaměřování a údržbu pevných bodů polohového pole pro geodetické zajištění státních hranic;
- c) zjišťovat druh a rozsah změn na hraničních vodních tocích, stanovit změny charakteru státních hranic a přijímat za tímto účelem potřebná opatření;
- d) provádět změny vyznačení státních hranic při zřizování a rušení hraničních silnic, cest a příkopů;
- e) vyjadřovat se k vodohospodářským opatřením na hraničních vodních tocích z hlediska průběhu státních hranic;
- f) vyjadřovat se ke stavebním a jiným technickým opatřením v bezprostřední blízkosti státních hranic;
- g) určovat obsah a formu aktualizace hraničního dokumentárního díla.

Komise bude k plnění těchto úkolů vyhotovovat potřebné pracovní plány.

(2) Komise vyhotoví hraniční dokumentární dílo podle článku 2 odst. 2. Přitom bude usilovat o vyrovnaní oboustranných výkonů.

(3) Komise vydá pro svoji společnou činnost jednací řád, směrnice pro zaměřování a údržbu vyznačení státních hranic, jakož i návod pro vyhotovení a aktualizaci hraničního dokumentárního díla.

(4) Komise není oprávněna měnit průběh státních hranic.

(5) Komise může předkládat vládám smluvních států návrhy na změnu průběhu státních hranic.

Článek 24

(1) K rozhodnutí Komise je potřebná shoda předsedů obou delegací. Rozhodnutí jsou součástí protokolů ze zasedání Komise a prohlásek státních hranic. Tyto protokoly se stávají právně závaznými, jakmile si předsedové obou delegací písemně sdělí, že pro to byly splněny vnitrostátní předpoklady. Tato sdělení mají být učiněna pokud možno co nejdříve, nejpozději na příštím zasedání Komise.

(2) Nemohou-li se předsedové obou delegací dohodnout, bude další postup Komise projednán diplomatickou cestou. Smluvní státy budou usilovat o řešení sporných záležitostí po vzájemné dohodě.

Článek 25

(1) Komise vytvoří za účelem plnění svých úkolů smíšené technické skupiny. Jejich počet a složení stanoví podle rozsahu a druhu prací, které je třeba provést.

(2) Die Leiter der gemischten technischen Gruppen erfüllen ihre Aufgaben in Übereinstimmung mit den Protokollen der Kommission.

(3) Über jede Ergänzung, Änderung und Erneuerung der Vermarkung der Staatsgrenze sowie über Feststellungen, die aus Anlaß der Überprüfung von Vermessungsergebnissen getroffen werden, sind Niederschriften in deutscher und tschechischer Sprache in zweifacher Ausfertigung zu erstellen. Soweit erforderlich, sind technische Unterlagen zu fertigen.

(4) Niederschriften und technische Unterlagen der gemischten technischen Gruppen bedürfen der Genehmigung durch die Kommission.

(5) Die Kommission faßt nach Abschluß jeder periodischen Überprüfung die Arbeitsergebnisse nach Absatz 3 zusammen.

(6) Für die Herstellung und die Vervielfältigung der technischen Unterlagen auch für die Aktualisierung des Grenzskizzenwerks sowie für die Tätigkeit der Kommission nach Absatz 5 gilt Artikel 11 Absatz 2 und 3 entsprechend.

Artikel 26

(1) Die Kommission tritt zu Tagungen oder Grenzbesichtigungen zusammen, wenn sie es beschließt oder wenn es einer der Vertragsstaaten auf diplomatischem Weg verlangt.

(2) Die Kommission tritt, wenn nicht etwas anderes vereinbart ist, zu ihren Tagungen und Grenzbesichtigungen abwechselnd auf dem Hoheitsgebiet eines der beiden Vertragsstaaten zusammen.

Artikel 27

(1) Die Tagungen und Grenzbesichtigungen der Kommission werden von dem Vorsitzenden der Delegation des Vertragsstaats geleitet, auf dessen Hoheitsgebiet sie stattfinden. Die Verhandlungen werden in deutscher und tschechischer Sprache geführt.

(2) Über jede Tagung und jede Grenzbesichtigung ist von der Kommission ein Protokoll in deutscher und tschechischer Sprache in zweifacher Ausfertigung zu erstellen. Diese sind von den Vorsitzenden beider Delegationen zu unterzeichnen.

Artikel 28

(1) Die Mitglieder der Kommission und der gemischten technischen Gruppen sowie die von ihnen beigezogenen Experten und Hilfskräfte dürfen die Staatsgrenze frei begehen und jederzeit ohne Einschränkung überschreiten, soweit es zur Ausübung ihrer Tätigkeit erforderlich ist. Sie müssen sich auf Verlangen durch einen mit einem Lichtbild versehenen Dienstausweis oder durch einen gültigen Reisepaß oder Personalausweis und einen schriftlichen Dienstauftrag der Kommission in deutscher und tschechischer Sprache ausweisen.

(2) Gehören die in den Artikeln 11, 22 und 25 genannten Personen uniformierten, insbesondere auch militärisch organisierten Formationen an, so dürfen sie bei ihrer Tätigkeit auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats die Uniform ihrer Formation tragen und Kraftfahrzeuge ihrer Formation benutzen. Sie dürfen jedoch keine Waffen mit sich führen.

Artikel 29

(1) Von Ein- und Ausfuhrabgaben befreit sind Materialien, die aus dem Zollgebiet des einen Vertragsstaats in das Zollgebiet des anderen Vertragsstaats ausgeführt und für Arbeiten im Rahmen dieses Vertrags verwendet werden. Das nicht verbrauchte Material ist in das Zollgebiet des Vertragsstaats, aus dem es eingeführt wurde, wieder auszuführen.

(2) Ein- und Ausfuhrabgaben im Sinne dieses Vertrags sind die Ein- und Ausfuhrzölle sowie alle anderen anlässlich der Wareneinfuhr und der Warenausfuhr zu erhebenden Steuern und Gebühren.

(2) Vedoucí smíšených technických skupin budou plnit úkoly v souladu s protokoly vyhotovenými Komisí.

(3) O každém doplnění, změně a obnovení vyznačení státních hranic, jakož i o zjištěních, která byla provedena na základě kontroly výsledků zaměření, se sepíší zápisy ve dvou vyhotoveních v jazyce německém a českém. V případě potřeby se vyhotoví technické podklady.

(4) Zápisy a technické podklady smíšených technických skupin schvaluje Komise.

(5) Komise shrne výsledky prací podle odstavce 3 na závěr každého pravidelného přezkoušení.

(6) Pro vyhotovení a reprodukci technických podkladů, a to i v rámci aktualizace hraničního dokumentárního díla, jakož i pro činnost Komise podle odstavce 5, platí obdobně článek 11 odst. 2 a 3.

Článek 26

(1) Komise se schází k zasedáním nebo prohlídkám státních hranic na základě svého rozhodnutí nebo jestliže o to požádá jeden ze smluvních států diplomatickou cestou.

(2) Komise se schází ke svým zasedáním a prohlídkám státních hranic, není-li dohodnuto jinak, střídavě na výsostném území jednoho z obou smluvních států.

Článek 27

(1) Zasedání Komise a prohlídky státních hranic řídí předseda delegace toho smluvního státu, na jehož výsostném území se konají. Jednání se vedou v německém a českém jazyce.

(2) O každém zasedání a o každé prohlídce státních hranic vypracuje Komise protokol ve dvou vyhotoveních v jazyce německém a českém. Protokoly podepíší předsedové obou delegací.

Článek 28

(1) Členové Komise a smíšených technických skupin, jakož i jimi přizvaní expert a pomocné síly se smějí volně pohybovat po státních hranicích a překračovat je bez omezení v kteroukoli dobu, pokud je to potřebné při výkonu jejich činnosti. Na požádání se musí prokázat služebním průkazem s fotografií nebo platným cestovním pasem nebo občanským průkazem a písemným pověřením Komise v německém a českém jazyce.

(2) Patří-li osoby uvedené v článcích 11, 22 a 25 mezi uniformované, zejména vojensky organizované složky, smějí nosit během své činnosti na výsostném území druhého smluvního státu uniformu své složky a používat její dopravní prostředky. Nesmějí však mít u sebe zbraň.

Článek 29

(1) Materiál, který je vyvážen z celního území jednoho smluvního státu na celní území druhého smluvního státu a je používán pro práce podle této smlouvy, je osvobozen od dovozních a vývozních cel a poplatků. Nespotřebovaný materiál bude zpět vyvezen na celní území smluvního státu, ze kterého byl dovezen.

(2) Dovozními a vývozními cly a poplatky podle této smlouvy jsou dovozní a vývozní cla, jakož i všechny jiné daně a poplatky, vybírané při dovozu a vývozu zboží.

(3) Unter der Voraussetzung der Wiederausfuhr sind von Ein- und Ausfuhrabgaben und auch von einer Leistung der Sicherheit befreit: Fahrzeuge, Werkzeuge, Geräte, Instrumente, Apparate und Maschinen, die aus dem Zollgebiet des einen Vertragsstaats in das Zollgebiet des anderen Vertragsstaats für Arbeiten im Rahmen dieses Vertrags eingeführt werden. Diese Gegenstände sind spätestens innerhalb eines Monats nach Beendigung der Arbeiten in das Zollgebiet wieder auszuführen, aus dem sie eingeführt wurden.

(4) Auf die in den Absätzen 1 und 3 genannten Waren, die im Rahmen dieses Vertrags verwendet werden, finden Ein- und Ausfuhrverbote und -beschränkungen keine Anwendung.

(5) Die Vertragsstaaten sichern einander alle im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften zulässigen zollrechtlichen Verfahrenserleichterungen für die Ein- und Ausfuhr der für die Arbeiten im Rahmen dieses Vertrags benötigten Waren zu.

Abschnitt V

Schlußbestimmungen

Artikel 30

(1) Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung dieses Vertrags werden durch die Regierungen der beiden Vertragsstaaten beigelegt.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen eines Vertragsstaats einem Schiedsgericht zur Entscheidung vorgelegt.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat einen Schiedsrichter bestellt und beide Schiedsrichter sich auf den Angehörigen eines dritten Staats als Vorsitzenden des Schiedsgerichts einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten bestätigt wird. Die Schiedsrichter werden innerhalb von zwei Monaten bestellt, der Vorsitzende innerhalb von drei Monaten bestätigt, nachdem ein Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Wird eine der in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, kann jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen der Schiedsrichter oder des Vorsitzenden vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofs die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist er aus einem anderen Grunde verhindert, so nimmt der Vizepräsident die Ernennungen vor. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist auch er verhindert, so nimmt das im Rang nächstfolgende Mitglied des Internationalen Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, die Ernennungen vor.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik geltenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Schiedsrichters sowie die Kosten seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen.

Artikel 31

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Prag ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten auf den Austausch der Ratifikationsurkunden folgenden Kalendermonats in Kraft.

(3) Za předpokladu zpětného vývozu jsou osvobozeny od dovozních a vývozních cel a poplatků a také od povinnosti zajištění celního dluhu: vozidla nářadí, přístroje, nástroje, aparáty a stroje, které se dovážejí z celního území jednoho smluvního státu na celní území druhého smluvního státu pro práce v rámci této smlouvy. Tyto předměty je třeba vyvézt nejpozději do měsíce po skončení prací na celní území, ze kterého byly dovezeny.

(4) Na zboží uvedené v odstavcích 1 a 3, které se používá v rámci této smlouvy, se nevztahují dovozní a vývozní zákazy a omezení.

(5) Smluvní státy si v rámci svých vnitrostátních právních předpisů vzájemně zajistí všechny přípustné úlevy v celním řízení týkající se dovozu a vývozu zboží potřebného pro práce v rámci této smlouvy.

Část V

Závěrečná ustanovení

Článek 30

(1) Spory, týkající se výkladu a provádění této smlouvy, budou urovnány vládami obou smluvních států.

(2) Nedá-li se spor tímto způsobem urovnat, bude na žádost jednoho ze smluvních států předložen k rozhodnutí rozhodčímu soudu.

(3) Rozhodčí soud se ustavuje ad hoc tím způsobem, že každý smluvní stát určí jednoho rozhodce a oba rozhodci se dohodnou na příslušníku třetího státu jako předsedovi rozhodčího soudu, kterého potvrdí vlády obou smluvních států. Rozhodci se určí do dvou měsíců, předseda bude potvrzen do tří měsíců poté, kdy jeden smluvní stát sdělil druhému smluvnímu státu že chce spor předložit rozhodčímu soudu.

(4) Nedodrželi-li se jedna ze lhůt uvedených v odstavci 3, může každý smluvní stát požádat předsedu Mezinárodního soudního dvora, aby provedl potřebná jmenování rozhodců nebo předsedy. Má-li předseda Mezinárodního soudního dvora státní příslušnost jednoho z obou smluvních států nebo brání-li mu v činnosti jiné důvody, provede jmenování místopředseda. Má-li i místopředseda státní příslušnost jednoho ze smluvních států nebo brání-li i jemu v činnosti jiné důvody, provede jmenování další v hodnosti následující člen Mezinárodního soudního dvora, který nemá státní příslušnost jednoho z obou smluvních států.

(5) Rozhodčí soud rozhoduje většinou hlasů na základě smluv platných mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou a obecného mezinárodního práva. Jeho rozhodnutí jsou závazná. Každý smluvní stát uhradí náklady na svého rozhodce, jakož i náklady na své zastoupení v řízení před rozhodčím soudem. Náklady na předsedu a také další výdaje ponese oba smluvní státy rovným dílem. Rozhodčí soud může úhradu nákladů upravit jinak.

Článek 31

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci; ratifikační listiny budou vyměněny v Praze v době co nejkratší.

(2) Tato smlouva vstoupí v platnost první den třetího kalendářního měsíce následujícího po výměně ratifikačních listin.

Artikel 32

Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Die Abschnitte I und V sind unkündbar. Die übrigen Bestimmungen können nach Ablauf von zehn Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags schriftlich gekündigt werden. Die Kündigung wird mit dem Ablauf von zwei Jahren wirksam, die auf den Tag ihres Zugangs folgen.

Artikel 33

Mit dem Tag des Inkrafttretens dieses Vertrags treten außer Kraft:

- a) der Vertrag vom 31. Januar 1930 zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakischen Republik über Grenz-wasserläufe und Gebietsaustausch an der preußischen Strecke der deutsch-tschechoslowakischen Grenze;
- b) der Vertrag vom 27. September 1935 zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakischen Republik über Grenz-wasserläufe auf der sächsischen und bayerischen Strecke der Grenze sowie über einen Gebietsaustausch an der Grenze;
- c) der Vertrag vom 3. Dezember 1980 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gemeinsame Staatsgrenze mit Ausnahme der diesem als Anlage beigefügten Grenz-dokumentation.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten beider Vertrags-staaten diesen Vertrag unterschrieben und mit ihren Siegeln ver-sehen.

Geschehen zu Bonn am 3. November 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wort-laut gleichermaßen verbindlich ist.

Článek 32

Tato smlouva se uzavírá na dobu neurčitou. Části I a V nelze vypovědět. Ostatní ustanovení lze písemně vypovědět po uplynutí deseti let od vstupu smlouvy v platnost. Vypověď se stává účinnou uplynutím dvou let ode dne jejího doručení.

Článek 33

Dnem vstupu této smlouvy v platnost pozbývá platnosti:

- a) Smlouva mezi Německou říší a republikou Československou o hraničních vodních tocích a o výměně částí území v pruském dílu německo-československé hranice z 31. ledna 1930;
- b) Smlouva mezi Německou říší a republikou Československou o hraničních tocích v saském a bavorském úseku hranic a o výměně částí území na hranicích ze dne 27. září 1935;
- c) Smlouva mezi Německou demokratickou republikou a Československou socialistickou republikou o společných státních hranicích ze dne 3. prosince 1980 s výjimkou hraniční dokumentace uvedené v její příloze.

Na důkaz toho zmocnění obou smluvních států tuto smlouvu podepsali a opatřili ji svými pečeti.

Dáno v Bonnu dne 3. listopadu 1994 ve dvou prvopisech, každý v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo

Kastrup
Kanther

Für die Tschechische Republik
Za Českou republiku
Jan Ruml

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Der Vertrag über die gemeinsame Staatsgrenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik enthält Grundsätze über die Feststellung des Verlaufs der Staatsgrenze in ihren beweglichen und unbeweglichen Teilen, über die Vermessung und Vermarkung der Staatsgrenze, über den Schutz der Grenzzeichen und die Erhaltung ihrer Sicherheit und über die Einsetzung einer Grenzkommission, die wie bei anderen Bundesaußengrenzen auch periodisch den Grenzverlauf überprüfen und seine Sichtbarkeit sicherstellen soll. Der Vertrag erfaßt sowohl die sächsischen als auch die bayerischen Teile der Staatsgrenze. Für den sächsischen Teil stützt er sich auf die Grenzdokumentation des 1980 zwischen der damaligen DDR und der damaligen CSFR abgeschlossenen Grenzvertrages. Für den bayerischen Teil der Grenze muß das neue Grenzurkundenwerk nach seiner Fertigstellung durch einen weiteren Staatsvertrag völkerrechtliche Verbindlichkeit erlangen. Mit 810,6 Kilometern ist die deutsch-tschechische Grenze eine der längsten, die wir mit unseren Nachbarstaaten haben.

II. Besonderes

Zu Abschnitt I (Artikel 1–9): Verlauf der Staatsgrenze

Beide Vertragsstaaten vereinbaren, für die gemeinsame Staatsgrenze möglichst rasch ein aktuelles Grenzurkundenwerk mit detaillierter Dokumentation des Grenzverlaufs zu erstellen, das in einem selbständigen Vertrag bestätigt wird. Dabei kann im Teil der Grenze des Freistaates Sachsen auf eine neuere Grenzdokumentation aus dem Jahre 1988 zurückgegriffen werden. Im Teil der Grenze des Freistaates Bayern entsteht seit dem Jahre 1990 ein neues Grenzurkundenwerk. Die Grenzeinrichtungen im bayerischen Teil der Grenze waren seit dem Jahre 1937 nicht mehr überprüft worden.

Für den Verlauf der Staatsgrenze in Grenzwasserläufen, mit Ausnahme der Elbe und der Eger, wurde vereinbart, daß der Grenzverlauf bei natürlichen Veränderungen kleineren Umfangs stets der Mittellinie des Wasserlaufs folgt. Bei natürlichen Veränderungen größeren Umfangs sowie bei künstlichen Veränderungen verläuft die Staatsgrenze so, wie sie vor der eingetretenen Veränderung verlaufen ist, bis die Vertragsstaaten einen anderen Grenzverlauf vereinbaren. Der Vertrag schreibt den Bestand von sog. Grenzwegen fest und bestimmt grundsätzlich, daß die Staatsgrenze in der Mitte verläuft. In den Grenzurkunden wurden diese Wege nunmehr auch erfaßt.

Zu Abschnitt II (Artikel 10–16): Vermessung und Vermarkung der Staatsgrenze

Die Regelungen legen fest, daß der Grenzverlauf stets deutlich erkennbar und geodätisch gesichert bleibt. Alle zehn Jahre findet eine gemeinsame Überprüfung der Grenzzeichen mit anschließender Behebung der festgestellten Mängel statt. Die Eigentümer und sonstigen Nutzungsberechtigten von Grundstücken sind verpflichtet, die zur Vermessung und Vermarkung erforderlichen Arbeiten und Maßnahmen zu dulden, unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit. Schadensersatzansprüche werden im Grundsatz anerkannt, können aber nur gegen den Vertragsstaat geltend gemacht werden, auf dessen Gebiet die Schäden tatsächlich eingetreten sind.

Zu Abschnitt III (Artikel 17–21): Schutz der Kennzeichen und Erhaltung ihrer Sichtbarkeit

Beide Seiten übernehmen fortdauernde Obhutsverpflichtungen für Grenz- und Vermessungszeichen. Der Schutz der Umwelt ist bei Maßnahmen zur Sichtbarmachung des Grenzverlaufs zu beachten.

Zu Abschnitt IV (Artikel 22 – 29): Grenzkommission

Abschnitt IV regelt die Zusammensetzung, die Aufgaben und Befugnisse sowie die Kostentragung einer noch einzusetzenden Ständigen deutsch-tschechischen Grenzkommission. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben bestellt die Kommission gemischte technische Gruppen und tritt zu Tagungen sowie Grenzbesichtigungen zusammen. Weiterhin sind Verfahrensgrundsätze für die Arbeit der Grenzkommission festgelegt. Durch eine Zollklausel ist geregelt, daß die für Arbeiten im Rahmen dieses Vertrags ein- und ausgeführten Fahrzeuge, Werkzeuge, Geräte, Instrumente, Apparate und Maschinen von Ein- und Ausfuhrabgaben sowie von Sicherheitsleistungen befreit sind und außerdem alle zulässigen zollrechtlichen Verfahrenserleichterungen gewährt werden.

Damit wird die Vermessung, Überprüfung und Vermarkung des Grenzverlaufs auf eine sichere Rechtsgrundlage gestellt.

Zu Abschnitt V (Artikel 30 – 33): Schlußbestimmungen

Streitigkeiten über die Auslegung und Änderung des Vertrags werden durch die Regierungen der beiden Vertragsstaaten beigelegt. Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, wird sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht zur Entscheidung vorgelegt. Der Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Abschnitte I und V sind unkündbar. Artikel 33 bestimmt, welche Verträge mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags außer Kraft treten.

